

Mali: Wie geht es weiter?

Am 28. Juli und 11. August 2013 sollen in Mali Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die Wahlen sind eine wichtige Etappe im Wiederaufbauprozess, aber keineswegs ausreichend für einen grundlegenden Veränderungsprozess, den das Land dringend benötigt. Die Fokalisierung auf das Terrorismusproblem stellt eine Behebung der tatsächlichen Konfliktursachen der Krise in den Hintergrund. Diese liegen vor allem in der fragilen Staatlichkeit und Führungsschwäche einer alten politischen Elite, die die Tuareg-Frage nicht zu lösen vermochte. Welche entscheidenden Weichen müssen jetzt gestellt werden, um das Land nachhaltig wieder aufzubauen?

Die ehemalige Regierung von Amadou Toumani Touré (ATT) war im März 2012 durch das malische Militär geputscht worden. Kurz darauf haben Tuareg-Rebellen und islamistische Terroristen den Norden Malis besetzt. Dank der französischen Militärintervention SERVAL, die im Januar 2013 auf Anfrage der malischen Übergangsregierung begonnen wurde, konnten die von den islamistischen Terroristen besetzten Städte zurückerobert werden. Nur Kidal wird noch immer von der Tuaregbewegung MNLA (Mouvement de Libération de l'Azawad) kontrolliert. Insgesamt hat sich die Sicherheitslage in Mali aber deutlich verbessert.

Durch das militärische Eingreifen Frankreichs wurde schließlich auch die internationale Gemeinschaft zum Handeln gedrängt. Eine Friedensmission der Vereinten Nationen (MINUSMA) soll möglichst am 1. Juli 2013, noch vor den Wahlen, die afrikanische Mission MISMA ablösen. Die grundlegenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und sicherheitspolitischen Probleme Malis sind damit jedoch noch nicht gelöst. Die Spannungen zwischen den verschiedenen Bevöl-

kerungsgruppen im Norden bestehen weiter fort und werden durch willkürliche Übergriffe malischer Sicherheitskräfte auf unschuldige Tuareg und Araber täglich verschärft.

Der Norden ist noch weit davon entfernt, nachhaltig sicher zu sein, die Krise keineswegs überstanden. Die Herausforderungen sind zahlreich. Der Wiederaufbau beginnt erst gerade, und die kommenden Monate werden wegweisend sein für seinen Erfolg oder Misserfolg.

Wie geht es weiter?

Zunächst müssen die malische Regierung, die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), die Afrikanische Union (AU), die französische Regierung und die Vereinten Nationen (VN) sich auf eine gemeinsame Strategie zur Überwindung der Krise einigen. Darin muss es vorrangig um folgende Punkte gehen: die Sicherung des Nordens, den Schutz der Zivilbevölkerung, einen inklusiven intermalischen Dialog, die Wiederkehr staatlicher Autorität im Norden des Landes, die Festigung staatlicher Strukturen im ganzen Land und die Abhaltung von glaubhaften und friedlichen Wahlen.

Militärische Sicherung des Nordens

Für die Sicherung des Nordens und die Befreiung der Stadt Kidal kann eine VN-Friedensmission nur bedingt nützlich sein. Denn wie der Name schon sagt, ist das Mandat einer solchen Mission, Frieden aufrecht zu erhalten.¹ Der Frieden liegt in Nordmali aber noch in weiter Ferne.

¹ Die in der Resolution 2100 festgehaltenen spezifischen Aufgaben der MINUSMA sind folgende: die Stabilisierung der großen Städte,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAIL I

ANDREA KOLB

10. Juni 2013

www.kas.de

Zur Verteidigung des Nordens und zum Schutz der Zivilbevölkerung werden stattdessen Truppen benötigt, die zum Kampfeinsatz bereit sind. Wann und in welchem Umfang Frankreich und Tschad ihre Truppen weiter abziehen, steht derzeit nicht fest. Ein kompletter Abzug französischer Truppen könnte schnell zu einer Rückkehr der islamistischen Terroristen führen und für die Menschen eine erhebliche Bedrohung darstellen.

Die 6.500 Soldaten der afrikanischen Mission MISMA sollen sobald wie möglich in die VN-Truppe integriert werden, die am Ende 12.600 Mann zählen soll. Dies gestaltet sich derzeit jedoch schwierig, da nicht alle afrikanischen Kontingente den VN-Standards entsprechen, was ihre materielle Ausstattung, ihre Ausbildung und die Achtung der Menschenrechte betrifft. Die Blauhelmission soll auch erst dann ihren Einsatz beginnen, wenn sie die volle Zahl an Soldaten erreicht hat, und davon ist sie noch weit entfernt.²

Die malische Armee ist ihrerseits längst noch nicht in der Lage, den Norden ohne internationale Hilfe gesichert zu halten. Noch immer sind die malischen Streitkräfte in sich gespalten zwischen Pro-Putschisten und Anti-Putschisten, und ihre Racheakte gegen zivile Tuareg verbessern nicht gerade ihr Ansehen in der Bevölkerung.

Die bislang immer noch einflussreiche Ex-Junta unter Führung des Hauptmanns Sanogo erwägt derzeit eine Absetzung ins afrikanische Exil und verhandelt über vorteil-

die Begleitung bei der Wiederherstellung staatlicher Gewalt und die Unterstützung bei der Umsetzung der „feuille de route“ (Strategie der malischen Regierung für die politische Transition). Des Weiteren werden der Schutz der Zivilbevölkerung genannt, die Verteidigung der Menschenrechte, die Unterstützung der humanitären Hilfe, der Schutz des Kulturerbes und Support der nationalen und internationalen Justiz. Quelle:
<http://www.un.org/fr/peacekeeping/missions/minusma/mandate.shtml>

² <http://www.maliweb.net/news/la-situation-politique-et-securitaire-a-nord/2013/05/29/article,149200.html>

hafte Konditionen. Sanogo, der aktuell das kürzlich erschaffene Amt des Vorsitzenden des militärischen Komitees zur Überwachung der Reform der Sicherheitskräfte bekleidet, bewegt anscheinend vor allem die Sorge um seine eigene Sicherheit zu einem solchen Schritt. Für die nationale Sicherheit wäre sein Gang ins Ausland ein kluger Schachzug, besonders im Vorfeld der Wahlen. Denn nach dem Putsch im März 2012 und der Absetzung des Premierministers im Dezember desselben Jahres könnte ein dritter Streich zu befürchten sein.

Politischer Wandel durch Wahlen?

Aber auch eine Verlängerung der französischen und tschadischen Intervention, verstärkt durch eine VN-Mission würde die grundlegenden Probleme des Landes nicht lösen. Benötigt wird ein profunder politischer Wandel durch einen ehrlichen politischen Dialog, neue Akteure und ein neues politisches Verantwortungsbewusstsein. Eine solche Veränderung ist von der Interimsregierung jedoch kaum zu erwarten, und voraussichtlich auch nicht von einer neu gewählten Regierung. Denn bis zu den Wahlen im Juli werden sich kaum neue Parteien oder Nachwuchspolitiker formiert haben. Deshalb ist es wichtig, dass andere politische Akteure und die Zivilgesellschaft ihre Gestaltungs- und Kontrollfunktion besser wahrnehmen. Aus ihnen muss eine neue, kritische Masse heranwachsen, die von ihren Regierenden Demokratie, Transparenz und Taten einfordert und Amtsinhaber an den Pranger stellt, wenn es das erfordert. Bis zu den Wahlen 2018 muss aus dieser Masse schließlich eine neue politische Generation entstehen, die in der Lage ist, die alte Elite abzulösen.

Zivile und politische Akteure sind derzeit noch weitgehend tatenlos. Resigniert stellen sie fest, dass sich wieder nur die alte politische Elite auf die Wahlen vorbereitet. Dies hat auch mit den oft mangelnden Möglichkeiten der Parteifinanzierung zu tun. Dabei gibt es viele motivierte junge Menschen in Bamako, die sich gerne für einen politischen Wandel einsetzen würden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAIL I

ANDREA KOLB

10. Juni 2013

www.kas.de

Wahlen sind dringend notwendig, da die Übergangsregierung laut Verfassung nicht mehr als 40 Tage im Amt bleiben darf und somit derzeit nicht legitim ist. Aber eine Volksabstimmung darf nicht um jeden Preis stattfinden. Glaubhaft werden die Präsidentschaftswahlen im Juli und August kaum sein können, denn weder ist das Land politisch darauf ausreichend vorbereitet, noch technisch, sicherheitspolitisch und psychologisch. Zudem liegen die beiden Wahlgänge mitten in der Regenzeit, was der bislang ohnehin schwachen Akzeptanz von Wahlen (25 Prozent Beteiligung bei den letzten Wahlen) sicherlich nicht abhelfen wird.

Ob das Wahldatum überhaupt einzuhalten ist, bleibt weiterhin offen. Denn wenn es nach der nationalen Strategie für die politische Transition („feuille de route“) gehen soll, dürfen Wahlen nur dann stattfinden, wenn der Staat seine Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet wiedererlangt hat. In Kidal ist dies aber noch nicht der Fall.

Stockender Versöhnungsprozess

Ein weiterer entscheidender Prozess für eine nachhaltige Befriedung des Landes ist die nationale Versöhnung. Die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und den aufständischen Gruppen MNLA und Ansar Dine unter Vermittlung des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré stecken seit Monaten in einer Sackgasse. Auch die am 6. März 2013 geschaffene Dialog- und Versöhnungskommission hat bislang noch keine Taten vorzuweisen. Nach drei Monaten Existenz verfügt sie noch nicht einmal über ein Büro, Budget und Transportmittel für Fahrten in den Norden.³

Ob mit der MNLA noch weiter Verhandlungen geführt werden sollen und ob dies gewollt ist, steht ebenfalls in den Sternen. Am sinnvollsten erscheint die Strategie, Mitglieder oder Sympathisanten der MNLA in den Dialogprozess mit einzubinden, ohne ihnen dabei zu gewähren, im Namen einer oder

mehrerer (bewaffneter oder unbewaffneter) Gruppen im Norden zu sprechen. Da die MNLA vorgibt, die Interessen sämtlicher Völker im Norden Malis zu vertreten, werden sie nicht ablehnen können, sich gemeinsam mit anderen Tuareg-Repräsentanten, Arabern, Songhay, Peul und anderen an dem Dialog zu beteiligen.

Für die Vermittler liegt die Herausforderung erstens darin, die MNLA davon zu überzeugen, sich an einem Dialog über die wirklichen Probleme im Norden zu beteiligen und der Waffengewalt zu entsagen. Zweitens muss die Regierung in Bamako davon überzeugt werden, nicht schon im Vorfeld der Gespräche der MNLA alle Türen zu verschließen wie beispielsweise durch die *Conditio sine qua non* einer sofortigen Entwaffnung, ohne die erst gar nicht verhandelt wird.

Als nächstes braucht der Staat eine effiziente Kommunikationsstrategie, um für Frieden und Versöhnung auch innerhalb der Bevölkerung zu werben. Hier obliegt den Medien eine wichtige Aufgabe. Gleichzeitig müssen Medien auf eine konfliktsensible Berichterstattung vorbereitet werden, gerade bei den Wahlen, um Spannungen nicht noch zu verschärfen.

Internalischer Dialog

Neben einem notwendigen Dialog zwischen Regierung und verschiedenen Vertretern aus dem Norden bedarf es eines Dialogs zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Norden (Songhay, Peuls, Tuareg, Araber und andere), um die Versöhnung voranzutreiben. In einen solchen Dialog sollten Vertreter der Kreise und Regionen sowie Kommunalpolitiker, traditionelle Autoritäten und religiöse Führer eingebunden werden, wie auch Frauen- und Jugendbewegungen, vor allem diejenigen, die während der islamistischen Besetzung Widerstand geleistet und als Moderatoren zwischen der Bevölkerung und den bewaffneten Gruppen gewirkt haben. Ein solcher Dialog könnte die Signalwirkung haben, dass ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Gruppen möglich ist. Ohne einen solchen Versöhnungsprozess werden

³ <http://www.rfi.fr/afrique/20130523-mali-commission-dialogue-reconciliation-point-mort-dioncounda-traore>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAILI

ANDREA KOLB

10. Juni 2013

www.kas.de

die vielen Flüchtlinge nicht in ihre Heimat zurückkehren und vermutlich wenig motiviert sein, an den Wahlen teilzunehmen. Daher muss der Versöhnungsprozess möglichst bald beginnen.

Willkürliche Übergriffe malischer Militärs auf unschuldige Tuareg und Araber müssen rigoros unterbunden werden. Auch die öffentliche Meinung ist inzwischen stark radikalisiert, das heißt Rebellen, Terroristen, Drogenhändler, Tuareg und Araber werden immer öfter zu einem homogenen Feindbild erklärt. Der Wahlkampf könnte die Brüche innerhalb der Bevölkerung forcieren, indem entstandene Feindbilder von den Kandidaten polarisierend bedient werden.

Wiederaufbau Nord

Um den zehntausend Flüchtlingen ihre Heimat wieder attraktiv zu machen, müssen auch soziale Dienste und infrastrukturelle Strukturen im Norden wiederhergestellt werden. Staatliche Autorität und Institutionen müssen dort wieder Fuß fassen, wo islamistische Strukturen das Vertrauen der Menschen gewonnen haben. Lokale Lösungen müssen hier gefunden werden, weshalb die Weiterführung des Dezentralisierungsprozesses so wichtig ist. Den Menschen müssen wirtschaftliche Alternativen für eine fundamentalistisch ausgeübte Religion angeboten werden. Hierfür ist eine stabile Sicherheitslage die Voraussetzung. In der Vergangenheit haben Geiselnahmen, Kokain- und Waffenschmuggel jedwede legale wirtschaftliche Aktivität wie den Tourismus zerstört.

Konfliktursache fragile Staatlichkeit

Derzeit stellt die Fokalisierung auf die Terrorismusproblematik eine Bekämpfung der tatsächlichen Konfliktursachen in den Hintergrund. Diese sind vor allem die fragile Staatlichkeit und Führungsschwäche einer alten politischen Elite, die die Tuareg-Frage nicht zu lösen vermochte. Der Staat hat zudem religiöse Strukturen an die Stelle von staatlichen treten lassen, indem er zu wenig Verantwortung für die lokale Entwicklung übernommen hat. Über diese religiöse Dimension der Krise wie auch die Prinzipien

guter Regierungsführung muss ein öffentlicher Dialog geführt werden. Dieser findet derzeit jedoch keinen Platz, alles dreht sich um die Durchführung der Wahlen. Der schwache Staat hat zudem die wie ein Krebsgeschwür verbreitete Korruption befördert anstatt zu bekämpfen, was ebenfalls in hohem Maße zu der Krise beigetragen hat.

Fehlende Vision zur Lösung der Krise

Es scheint, als fehle der Übergangsregierung eine klare Vision zur Lösung der Krise. Davon zeugt auch die „feuille de route“, die am 29. Januar 2013 vom Parlament verabschiedet wurde. Hier steht die Organisation von Wahlen im Vordergrund, dem nationalen Dialog und dem Dialog über die Religion wird dagegen wenig Beachtung geschenkt. Dabei kann eine Lösung der Krise nur über einen tiefgreifenden, langfristigen Dialog gelingen. Politischer Wille ist jetzt gefragt, um Spannungen innerhalb der Bevölkerung zu besänftigen und für friedliche Wahlen zu sorgen.

Eine neue, durch die Wahlen verursachte Krise ist nicht auszuschließen. Denn mit Anfechtungen der Wahlergebnisse muss gerechnet werden. Regionale Erfahrungen zeigen, dass es eher eine Seltenheit ist, wenn Wahlergebnisse nicht dementiert werden. Die Frage ist nur, ob eine solche Reaktion in gewalttätigen Auseinandersetzungen endet. Waffen gibt es noch genug in Mali, vor allem in den zahlreichen Depots der Rebellen im Norden. Als Mittel zur Gewaltprävention sollten sich die Kandidaten im Vorfeld der Wahlen dazu verpflichten, das Wahlergebnis entweder zu akzeptieren oder nur auf legalem Wege anzufechten.

Fazit

Die internationale Gemeinschaft muss von den Maliern Verantwortung einfordern und darf diese nicht prioritär selbst übernehmen, da Veränderungsprozesse sonst nicht nachhaltig sein werden. Der malische Staat muss einen Kompromiss mit den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Norden finden. Er muss Menschen, die sich religiösen Extremisten angeschlossen haben, glaub-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAIL I

ANDREA KOLB

10. Juni 2013

www.kas.de

haft vermitteln, warum der Staat für sie gut ist. Und er muss eine Lösung zur Sicherung des Nordens und vor allem der Grenzgebiete finden, durch die Waffen, Drogen, Rebellen und Terroristen in das Land dringen.

Für die afrikanischen Organisationen und die VN wird die größte Herausforderung darin bestehen, sich auf eine gemeinsame Position bzgl. der Gestaltung des politischen Prozesses zu einigen. Die ECOWAS, AU, der VN-Sicherheitsrat, Mauretanien, Algerien, Niger Burkina Faso und Frankreich müssen gegenüber der Regierung in Bamako und der MNLA aus einem Sprachrohr sprechen. Die MNLA sollte verstehen, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, sich an einem ehrlichen Dialog über die Konflikursachen im Norden zu beteiligen, ihre Beteiligung einzufordern und den Waffen zu entsagen.

Letztlich werden aber vor allem neue regionale Sicherheitsmechanismen benötigt, die sowohl die westafrikanischen Länder als auch die nordafrikanischen Länder vereinen. Ohne eine solche regionale Sicherheitsarchitektur werden Terrorismus und Drogenhandel nicht nachhaltig in Schach gehalten werden können.

Es gibt noch viele Fragezeichen. Durch die Fokalisierung auf die Terrorismusbekämpfung und die Organisation der Wahlen wird der grundlegende Schritt zur Bewältigung der Krise vernachlässigt, nämlich der Dialog, in all seinen oben genannten Dimensionen.

Erst wenn die Regierung politischen Willen zeigt, diesen ernsthaft zu führen, kann es Hoffnung auf eine langfristige Lösung geben. Solange der politische Wille fehlt, müssen zivile und politische Akteure diesen einfordern. Das wird ihre Aufgabe in den nächsten fünf Regierungsjahren sein.